



Redeentwurf

zur Sondersitzung des Baden-Württembergischen Landtags

**„Beschlüsse der Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen
und Regierungschefs der Länder zur Bekämpfung der SARS-Cov2-
Pandemie“**

für Andreas Schwarz

anlässlich der 130. Plenarsitzung

am Freitag, 30.10.2020

im Landtag von Baden-Württemberg

Zeit: TOP 1 ab 13 Uhr

Rededauer: Freie Redezeit (Entwurf: ca. 10 Min)

Redereihenfolge:

MP, AfD, GRÜNE, CDU, SPD, FDP/DVP

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es ist oft zu lesen in diesen Tagen:

Die Lage ist ernst.

Das stimmt.

Ich möchte aber ergänzen:

Sie ist keineswegs aussichtslos.

Wir haben **jetzt** die Möglichkeit, das Ruder herumzureißen.

Das aber geht nur mit einer großen, gemeinsamen Anstrengung.

Dass wir bislang so gut durch diese Pandemie gekommen sind:

Es liegt *auch* am konsequenten und entschlossenen Handeln unserer Landesregierung unter der Führung unseres Ministerpräsidenten Winfried Kretschmanns.

Insbesondere liegt es aber an dem überwältigenden Zusammenhalt und der großen Solidarität der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs.

Sie möchte ich auch kurz an dieser Stelle ganz offen und ganz direkt ansprechen:

Ich möchte mich dafür bedanken, dass Sie so viel Solidarität und Miteinander zeigen.

Große Krisen meistern kann die Politik nie alleine.

Politik kann und muss

- Ziele definieren
- politisch priorisieren
- und Maßnahmen ergreifen.

Es bedarf aber immer der Akzeptanz der Menschen.

Dies gilt umso mehr in einer Pandemie mit so weitreichenden, flächendeckenden Auswirkungen – und so harten Maßnahmen, die uns alle auch ganz persönlich treffen.

Wir setzen weiterhin auf die Solidarität, die Eigenverantwortung und darauf, dass alle sich an die Maßgaben halten – nicht, weil es eben Maßgaben sind, sondern weil sie sinnvoll sind.

Und die überwiegende Mehrheit der Menschen tut das auch.

Wir wollen nicht, dass diese Maßnahmen nur durch ein System der Kontrolle und Bußgelder funktionieren.

Nicht nur, dass das personell nicht zu stemmen ist – wir wollen das auch in der Sache nicht:

Das ist nicht unser Verständnis, von einer freiheitlichen, liberalen Demokratie.

Ich sage daher ganz klar wie es ist:

Wir brauchen die Mitarbeit und Solidarität aller!

Und es ist daher unser Job als Politikerinnen und Politiker, die Menschen mitzunehmen. Zu erklären und um Mithilfe zu werben – statt sie zu verunsichern.

Dafür stehen wir heute da, in einer Sondersitzung des Landtags.

Und wollen offen und transparent die gestrigen Beschlüsse der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und –Chefs der Länder diskutieren.

Meine Damen und Herren,

in der Corona-Krise ist mein Maßstab dabei die Wissenschaft.

Wir wissen heute sehr viel mehr über das Virus als im Frühjahr.

Wir unterstützen die Forschung.

Erst diese Woche hatte meine Fraktion einen Austausch mit einem namhaften Unternehmen aus unserem Land.

Und dieser Austausch stimmt mich zuversichtlich, da viele Firmen in Europa, in Deutschland und auch bei uns in Baden-Württemberg auf Hochtouren an einem Impfstoff arbeiten – und diesen auch entwickeln werden.

Als Land sind wir gut darauf vorbereitet, diesen Impfstoff ausgeben zu können, sobald er da ist.

Aber bis das soweit ist, müssen wir zusammenhalten.

Und zwar in der ganzen Republik. **Die Zeit der Sonderwege, die Zeit des Flickenteppichs ist vorbei!** Dann weiß niemand, was eigentlich gerade gilt, die Menschen werden verunsichert.

Aber genau das wäre das Ergebnis des Antrags der FDP heute. **Das ist unverantwortlich!**

Nein! Wir brauchen Klarheit. Und wir müssen die Gesamtzahl der Kontakte verkleinern. Darum geht es.

Meine Damen und Herren: **Die Lage ist ernst.**

Die Infektionszahlen haben eine exponentielle Dynamik entwickelt, die die der ersten Welle im Frühjahr weit übersteigt.

Bereits jetzt bezeichnen Intensivmedizinerinnen und – Mediziner die Lage als – und ich zitiere - „absolut besorgniserregend“.

Die Zahl der Krankenhauseinweisungen, der Intensivbettenbelegung, der benötigten Beatmungsplätze: Sie steigt!

Da diese Entwicklungen zeitlich stets hinter den Infektionszahlen liegen, sind sie ein Indikator dafür, was uns in wenigen Wochen erwarten kann, wenn die Zahlen weiterhin so steigen – das heißt: wenn wir nicht handeln.

Wir haben noch die Bilder aus dem Frühjahr in Bergamo und New York vor uns.

Einen solchen Kollaps unseres Gesundheitssystems, müssen wir entschieden verhindern. Wir wollen sicherstellen, dass kranke Menschen weiterhin die notwendige Hilfe vollumfänglich erhalten.

Wir wollen nicht, dass Ärztinnen und Ärzte darüber entscheiden müssen, wer ein Platz an einem Beatmungsgerät erhält und wer nicht.

Wir sind gut vorbereitet, wir haben die letzte Monate genutzt, um unsere Krankenhäuser zu stärken und zu wappnen.

Aber wir müssen jetzt entschlossen handeln.

Das Wichtigste ist, dass sich gar nicht erst so viele Menschen anstecken, dass das Gesundheitssystem an seine Grenze kommt.

Wir begrüßen deshalb die Beschlüsse der Runde der Kanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten vom vergangenen Mittwoch.

Für uns gilt weiterhin:

- Der Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und damit die **Aufrechterhaltung unseres Gesundheitssystems** stehen für uns an erster Stelle.
- Selbstverständlich bringen wir dabei die Maßnahmen in **Ausgleich zu anderen Grundrechten**: Denn gesund bleiben heißt auch: physisch, mental und existenziell gesund bleiben.
- Wir haben vor dem Hintergrund der ersten Welle im Frühjahr beschlossen, dass es weiterhin unsere oberste Priorität bleiben muss, **Kitas und Schulen soweit wie möglich offen zu halten**.

Nur so können wir **faire Bildungschancen** garantieren und sicherstellen, dass Eltern weiterhin ihrem Beruf nachgehen können und unsere Volkswirtschaft am Laufen bleibt.

Es geht dabei um existenzielle Grundlagen unseres gesellschaftlichen Lebens:

Dass Kinder und Jugendliche unter gleichen Bedingungen lernen und dass Eltern ihre Kinder betreut wissen, damit sie arbeiten gehen können.

- Wir können und wir wollen es uns nicht erlauben, dass Kinder und Jugendliche über einen längeren Zeitraum auf elementare Bedingungen einer gesunden sozialen, emotionalen und mentalen Entwicklung verzichten müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, um Schulen und Kitas weiterhin offenhalten zu können, müssen wir an anderen Stellen vorübergehend harte Schritte gehen.

- Und ich möchte an der Stelle sagen:
Auch mir tun diese Schritte weh.
Denn wir alle wissen, dass auch an diesen Branchen, die nun Einschnitte erleben, Herzblut hängt und vor allem: Existenzen.

- Bund und Länder haben daher beschlossen: Die Branchen, die jetzt teilweise erheblich eingeschränkt werden müssen werden deswegen durch ein substantielles Hilfsprogramm unterstützt.

- Es ist womöglich das weitreichendste Unterstützungsprogramm in der Geschichte dieses Landes: 75% des entsprechenden Umsatzes des Vorjahresmonats. Das ist sehr viel Geld – mehr Geld, als viel Betriebe, gerade in der Gastronomie, unter Pandemiebedingungen erwirtschaften könnten.
Und das ist gut angelegtes Geld!

- Der Bund folgt auch dem Ruf Baden-Württembergs: Solo-Selbstständige und die Kultur- und Veranstaltungswirtschaft sollen nun wesentlich stärker bei den Überbrückungshilfen berücksichtigt werden.
Das ist wichtig: Denn wenn es der Kultur den Boden unter die Füße wegriß, ist diese für immer weg.
Vor allem aber: Auch dort arbeiten Menschen, auch der Kulturbetrieb und die Arbeitsplätze die er sichert, sind Teil unserer Volkswirtschaft. Daher begrüßen wir diese Hilfen!

- Auch auf Ebene des Landes werden wir weiterhin alles dafür tun, dass unser kulturelles Leben und die Arbeitsplätze die damit verbunden sind, erhalten bleiben. Wir werden deshalb da nachsteuern, wo weitere Hilfen nötig sind.

Wir lassen niemanden im Stich!

- Wir werden alle wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen – die auf Bundes- und die auf Landesebene, die bestehenden Programme und die Neuen – fortlaufend und stets kritisch überprüfen, damit sie die betroffenen Branchen und Menschen bestmöglich unterstützen.

Nochmal: Wir lassen niemanden im Stich!

Dabei ist mir ganz besonders wichtig zu betonen:

Die Gastronomie, die Hotellerie, die Kulturbranche, die Sportstätten – sie alle haben hervorragend mitgearbeitet.

Sie haben Hygienekonzepte entwickelt und umgesetzt.

Auch wenn diese für sie weniger Gäste, weniger Besucherinnen und Besucher, weniger Einnahmen bedeuteten bei deutlich personalintensiverem Arbeiten.

Die Maßnahmen, die die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder politisch beschlossen haben, bedeuten nicht, dass sie nicht hervorragend mitgearbeitet haben.

Im Gegenteil: Ihnen gebührt größte Anerkennung.

Und die Maßnahmen bedeuten auch nicht, dass Gastronomie und Kultur entbehrlich sind. Im Gegenteil!

Mit den Maßnahmen sollen die persönlichen Kontakte und Begegnungen für einen hoffentlich nur kurzen, überschaubaren Zeitraum möglichst weitgehend reduziert werden.

Denn Fakt ist: Während wir eine Zeit lang Infektionsketten noch gut auf bestimmte Infektionsherde und Ereignisse zurückführen konnten, ist dies inzwischen sehr oft nicht mehr möglich.

Unsere Gesundheitsämter können die Infektionsketten nicht mehr in jedem Einzelfall vollständig nachvollziehen.

Es gibt einen sehr großen Anteil an Infektionen, bei dem wir schlicht nicht wissen, wo die Menschen sich infiziert haben.

Über 75% der Ausbrüche können nicht mehr zugeordnet werden.

Daher kann das Motto momentan nur lauten:

Kontakte auf das absolute Minimum beschränken.

Damit trifft das Virus den Kern dessen was Kultur und Kunst ausmachen: Wenn die Menschen in Restaurants gehen, ins Theater, ins Kino - sie nutzen dafür den öffentlichen Nahverkehr, sie fahren zusammen im Auto zu den Veranstaltungen, sie treffen sich vorher oder nachher zu Hause auf ein Glas Wein, sie stehen zusammen in Foyers und in Eingangsbereichen um miteinander ins Gespräch zu kommen.

Das alles sind höchst normale, höchst menschliche Dinge, die zu normalen Zeiten das Schönste an unserem freiheitlichen, offenen Miteinander sind:

Dass wir zusammenrücken, dass wir uns verabreden, dass wir Menschen zu uns einladen, dass wir miteinander reden.

Aber alles das, und das ist die

- schreckliche
- nackte
- naturwissenschaftliche Wahrheit:

begünstigt die Verbreitung des Virus‘.

Er greift uns genau dort an, woraus wir meistens unsere größte Kraft schöpfen:

In unserer Geselligkeit, unserem uns nahe sein, dem Zusammenkommen im Stadion, im Theater, in den Restaurants und Bars.

Wenn man so will:

Das was uns als Gesellschaft ausmacht, dass wir uns nahe sind, das ist momentan unser größtes Risiko.

Auch ein hervorragendes Hygienekonzept kann ein Risiko nur minimieren, nicht aber es ausschließen.

Wir sind aber – leider – an einem Punkt, an dem wir versuchen müssen, das Risiko soweit es geht auszuschließen.

Dies gilt umso mehr, als dass wir beschlossen haben, Schulen und Kitas offen zu halten. Dafür müssen wir uns an anderer Seite sehr einschränken.

Und das wird nur funktionieren, das sagte ich Eingangs schon, wenn wir das jetzt alle miteinander angehen und solidarisch sind.

Ich freue mich, dass wir auf diese Ressource zurückgreifen können. Sie ist das, was uns auszeichnet: Der Wert der Solidarität.

Das macht unsere Marktwirtschaft zu einer sozialen Marktwirtschaft. Unser Sozialsystem zu einem, in dem Menschen nicht für sich selbst, sondern Jüngere für Ältere, Wohlhabendere für weniger Wohlhabende aufkommen.

Unser ganzes Ehrenamtssystem basiert auf diesem Gedanken: Dass wir alle Teil des großen Ganzen sind und dass die Politik nicht alleine Probleme lösen kann – es kommt auf uns alle an.

Dieser tief in unsere Kultur verwobene Gedanke der Eigenverantwortung, der Solidarität, des Wissens darum, dass jede einzelne, jeder einzelne von uns eine wesentliche, ja, eine **entscheidende** Rolle dafür spielt, dass das große Ganze funktioniert: Das müssen wir jetzt bis zum Vollsten leben.

Wir werden die Pandemie meistern.

Wir werden sie auch **gut** meistern.

Wir werden sie aber **nur** meistern, wenn wir uns jetzt an die Hand nehmen und sagen: Wir stehen zusammen und ziehen das jetzt gemeinsam durch.

Unsere Aufgabe in der Politik ist sicherzustellen, dass alle Menschen möglichst unbeschadet diese Krise überstehen.

Dass so bald wie möglich die Theater, die Kinos, die Restaurants wieder aufmachen können und die Menschen, die dort arbeiten, wieder arbeiten gehen können.

Die Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden müssen:

Sie sind nicht als obrigkeitliche Maßnahmen zu verstehen.

Denn außerhalb der Zeiten einer Pandemie, sind die Dinge die nun nicht möglich sein sollen, das Rückgrat unserer Gesellschaft.

Das was das Leben bei uns so lebenswert machen: Dass wir uns nahe sind.

Wir sind selbst alle, wie wir hier stehen, davon betroffen.

Das Virus ist nicht wählerisch.

Es trifft uns alle.

Wir müssen als Politik dafür sorgen, dass es sich aber nicht ungleich **auswirkt**.

Dass dieses Virus nicht soziale Ungleichheiten verschärft.

Und dabei ist für uns Bildungsgerechtigkeit fundamental.

Um das sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche unabhängig davon,

- aus welchem Elternhaus sie kommen
- welche finanziellen Ressourcen dort gegeben sind oder
- wie einfach die Eltern im Home-Office arbeiten oder
- eine Zeitlang mit einem Einkommen haushalten können:

Das darf weiterhin keinen Einfluss auf den Zugang zu Bildung haben! Nur wenn wir jetzt gemeinsam handeln und uns alle einschränken, können wir diese Bildungsgerechtigkeit weiterhin ermöglichen.

Nur wenn wir jetzt gemeinsam handeln, können wir dafür sorgen, dass Menschen die Risikogruppen angehören, bestmöglich geschützt werden.

Und, das muss ich schon sagen: Wenn von manchen vorgeschlagen wird, uns allein auf den Schutz der Risikogruppen zu konzentrieren – das reicht nicht. Das Alter einer Person ist noch recht einfach als Kriterium auszumachen.

Es gibt aber viele Menschen mit Vorerkrankungen, die jung sind. Die möglicherweise nichts von ihren Vorerkrankungen wissen.

Wir können diese Menschen nicht alle genau bestimmen.

Und daher auch nicht gezielt schützen.

Wir müssen vielmehr bei unseren Maßnahmen unterstellen, dass überall, mitten unter uns, Menschen sind, die das Virus hart treffen kann.

Wir lesen zunehmend vom sogenannten Long-Covid: Menschen die wochen-, monatelang unter massiver Erschöpfung und Atembeschwerden leiden. Menschen die in der ersten Welle erkrankt sind und zwar als genesen gelten, da sie nicht mehr positiv sind - aber geheilt, gesund sind sie nicht!

Genau dies bereitet mir große Sorgen.

Es bedarf daher Langzeitstudien, um die Auswirkungen und Heilungsmöglichkeiten herauszufinden.

Die Entscheidungen, die jetzt getroffen werden müssen, sind hart. Wir haben als erstes Bundesland beschlossen, dass solche Maßnahmen, nicht mehr allein im Erlasswege getroffen werden können. Sondern dass sie in unserem Parlament debattiert werden müssen.

Ich bin allen Kolleginnen und Kollegen, welches dieses Gesetz durch ihre Vorarbeit und ihre Stimme ermöglicht haben dankbar.

Wir haben hier ein leuchtendes Beispiel des Parlamentarismus geschaffen.

Wir werden dadurch in den nächsten Wochen in den zuständigen Ausschüssen und in diesem Plenum umfassend über die weiteren Maßnahmen beraten und debattieren können.

Hier ist der Ort, an dem wir die Öffentlichkeit informieren, an dem wir uns der Kritik stellen müssen und auch wollen.

Das was sonst als manchmal zäh und behäbig wirkt, die wochenlangen Debatten, das Ringen um Kompromisse - sie sind ein hohes, elementares Gut, sie sind das Wesen einer Demokratie.

Und daher haben wir heute diese Sondersitzung des Parlaments. Und werden kommende Woche die Verordnungen auch in einer weiteren Sitzung des Landtags und in einer öffentlichen Sitzung des Ständigen Ausschusses beraten.

Dort werden die Fachministerinnen und Fachminister auch sehr konkrete, auch kritische Fragen beantworten.

Dies ist Ergebnis des in Deutschland bislang einmaligen Pandemiegesetzes, welches wir in Baden-Württemberg noch vor der Sommerpause auf den Weg brachten.

Es ist Ausdruck dessen, was ich nun zuvor schon ausführlich beschrieb:

Des Wissens darum, dass die Bewältigung dieser Pandemie damit steht und fällt, dass alle mitmachen.

Und dass wir nicht einfach weitreichende Maßnahmen beschließen, sondern unsere Bürgerinnen und Bürgerinnen mitnehmen wollen.

Dafür stehen wir heute hier – gemeinsam.

Denn nur gemeinsam – mit Politik und Gesellschaft - werden wir die Lage meistern.

Vielen Dank!